

A stylized map of Albania composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to represent specific locations or regions.

# Albanien vor den Wahlen

## Vabanquespiel der politischen Eliten

CHRISTOPHER FORST UND FRANK HANTKE

Juni 2013

- Seit dem Ende des Kommunismus in Albanien vor gut 20 Jahren konnte sich noch keine funktionsfähige Demokratie im Land entwickeln. Zu sehr wird das Land noch immer von politischen Eliten beherrscht, die sich nicht demokratischen Prinzipien, sondern einzig ihrem eigenen Vorteil verpflichtet fühlen.
- Seit acht Jahren wird das Land von einer konservativen Koalition regiert, die – ähnlich wie ihre Vorgänger – kaum nachhaltige Entwicklungsschritte einleiten konnte oder wollte. Das bestehende »*the winner takes it all*«-System verhindert die Herausbildung einer politischen Konsenskultur und spaltet das Land tief in zwei verfeindete Blöcke.
- Die Bevölkerung muss ohnmächtig zusehen, wie ihre Zukunftschancen verspielt werden. Gleichzeitig sieht sie sich gezwungen, einem der beiden politischen Machtblöcke zuzugehören, um beispielsweise Aussichten auf einen Arbeitsplatz zu bekommen. Trotz guter Potenziale – eine junge Bevölkerung und vielfach vorhandene natürliche Ressourcen – stagniert die wirtschaftliche und soziale Entwicklung Albaniens.
- Die Wahlen am 23. Juni werden als Prüfstein gesehen. Die EU hat als unabdingbare Voraussetzung für einen möglichen Kandidatenstatus des Landes eine faire und von Manipulationen freie Wahl genannt.

## 1. Die politische und gesellschaftliche Situation in Albanien

### 1.1 Dominanz zweier Blöcke in einer pluralistischen Parteienlandschaft

Bis Anfang der 1990er Jahre litt Albanien unter einem weltweit isolierten kommunistischen Regime. Die ersten pluralistischen Wahlen fanden erst 1992 statt. Seither wird die politische Landschaft Albaniens vor allem von zwei Parteien dominiert, der *Demokratischen Partei* (DP) und der *Sozialistischen Partei* (SP). Seit dem Systemwechsel hat es keinen anderen politischen Akteur an der Spitze Albaniens gegeben, auch wenn viele weitere Parteien entstanden sind. Die meisten von ihnen zeichnen sich jedoch nicht durch unterschiedliche politische Positionen oder Ideologien aus, da sie in ihrer Mehrzahl aus Absplitterungen der beiden großen Parteien hervorgegangen sind.

Die seit acht Jahren regierende DP wird seit ihrer Gründung von Sali Berisha geführt. Sie orientiert sich an der rechten Mitte und an europäischen konservativen Parteien. An der Spitze der oppositionellen SP steht seit 2005 Edi Rama. Die Partei ist Mitglied der Sozialistischen Internationalen (SI). Eine Absplitterung der SP ist die *Sozialistische Bewegung für Integration* (LSI) mit ihrem Vorsitzenden Ilir Meta. Meta und seine Gefolgsleute verließen die SP 2004, weil sie mit dem Kurs der damaligen Führung nicht einverstanden waren. Die LSI bezeichnet sich selbst als sozialdemokratisch und fungierte in der Vergangenheit aufgrund ihres Wechsels von einer Koalition zur anderen und ihrer verhältnismäßig starken Stellung als »Königsmacher«. Diese Rolle könnte sie auch bei den kommenden Wahlen einnehmen.

Zwei neue politische Parteien besitzen zwar nicht das Potenzial, das bipolare System grundsätzlich ins Wanken zu bringen, könnten jedoch ebenfalls als »Königsmacher« fungieren. Die nationalistische *Allianz Rot und Schwarz* (AK) sowie die konservative *Partei Neuer Demokratischer Wind* (FRD) sind seit ihrer jeweiligen Gründung im vergangenen Jahr ernstzunehmende Wettbewerber. Die AK verfolgt gegenüber Minderheiten diskriminierende und nationalistische Zielvorstellungen, die Lösung der »Albanerfrage« sieht sie aber eher im EU-Beitritt. Bislang gilt die AK als Protestpartei, die insbesondere viele junge Menschen für ihre Ideen begeistern kann. Obwohl

sie in den letzten Umfragen Verluste hinnehmen musste, wird ihr weiterhin der Einzug ins albanische Parlament zugetraut.

Die FRD wurde durch den konservativen Ex-Präsidenten Bamir Topi gegründet, nachdem dieser im Jahr 2012 von seinem damaligen Parteifreund Bujar Nishani abgelöst worden war. Auch von der deshalb im Volksmund »Präsidentenpartei« genannten FRD wird der Gewinn einiger Mandate erwartet. In ihren inhaltlichen Positionen unterscheidet sie sich nur graduell von der Berisha-Partei.

### 1.2 Tiefe Gräben in der Gesellschaft – Mangel an Dialogfähigkeit gefährdet EU-Beitritt

Die albanische Gesellschaft ist vor den Parlamentswahlen am 23. Juni tief gespalten, denn die beiden großen politischen Blöcke kämpfen unversöhnlich um die Stimmen der Wähler. Allerdings hat die Bevölkerung schon längst kein Vertrauen mehr in die politischen Akteure oder staatlichen Institutionen, da seit dem Ende des Kommunismus kaum ein Elitenwechsel stattgefunden hat. Ehemalige Funktionäre der kommunistischen *Partei der Arbeit Albaniens* (PAA) sind heute nach wie vor in vielen politischen Lagern vertreten. Sie scheinen weiterhin weniger am Fortschritt des Landes als an ihrem eigenen Vorteil interessiert zu sein.

Der Beitritt zur EU und die damit verbundene Hoffnung auf ökonomische und soziale Fortschritte rücken durch das Verhalten der politischen Eliten in weite Ferne. Die EU zeigte sich zuletzt besorgt über die jüngsten Entwicklungen in dem Balkanstaat, der bis dato zu ihren potenziellen Beitrittskandidaten zählt. Der offizielle Kandidatenstatus wurde Albanien in den letzten Jahren jedoch schon mehrfach verwehrt, weil das Land zu geringe Fortschritte macht – insbesondere im Hinblick auf die Korruptionsbekämpfung, die Implementierung von Gesetzen oder die mangelhafte Unabhängigkeit der Justiz und anderer Kontrollorgane. Führende europäische Politiker haben mehrfach betont, dass nur die Gewährleistung freier und fairer Wahlen Albanien die Tür nach Europa öffnen könnte. Dies hob zuletzt auch Catherine Ashton, die Hohe Beauftragte für Außen- und Sicherheitspolitik der EU, bei einem Besuch in Tirana am 16. April dieses Jahres hervor.



Am 23. Juni wird es daher unter anderem um die weitere EU-Integrationsfähigkeit des Landes gehen. Für die EU sind stabile Institutionen und ein politischer Grundkonsens im Lande unabdingbare Voraussetzungen für den Kandidatenstatus. Die Krise hat verdeutlicht, dass in diesen Bereichen auch in vielen derzeitigen Mitgliedstaaten erhebliche Mängel bestehen. Gerade deshalb möchte die EU bei neuen Mitgliedskandidaten gewährleisten sehen, dass sich Stabilität und Konsensfähigkeit nicht nur in bloßen Lippenbekenntnissen zeigen. Bislang ist eine solche Entwicklung in Albanien jedoch nicht zu erkennen. Auch 22 Jahre nach dem symbolischen Sturz der Statue des Diktators Enver Hoxha<sup>1</sup> auf dem zentralen Skanderbeg-Platz in Tirana befindet sich das Land immer noch eher am Beginn eines Transformationsprozesses.

## 2. Wahlen – Ein Test für die Demokratie

### 2.1 Unregelmäßigkeiten bei Wahlen haben in Albanien Tradition

Freie Wahlen nach OSZE-Standards hat es in Albanien seit dem Ende des Kommunismus nicht gegeben. Wählerregistrierung, Stimmabgabe und Auszählungsprozess wurden stets von zahlreichen Ungereimtheiten begleitet. Das einzige von einer Opposition anerkannte Wahlergebnis datiert aus dem Jahr 1992. Kurz nach dem Zusammenbruch des Kommunismus waren die Sozialisten als offizielle Nachfolgepartei der PAA Enver Hoxhas so geschwächt, dass sie den Sieg der Opposition ohne großes öffentliches Klagen hinnahmen. Gewalttätige Auseinandersetzungen im Umfeld von Wahlen waren hingegen häufig die Regel. Im Jahre 1997 kam es sogar zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen. Seitdem entsendet die OSZE Beobachterkommissionen, um den geregelten Ablauf der Urnengänge zu überwachen. Dies hat jedoch kaum zu einer Verbesserung der Lage geführt. Im Jahr 2001 waren z. B. ganze fünf Wahlgänge nötig, da das Resultat aufgrund von offensichtlichen Unregelmäßigkeiten immer wieder annulliert werden musste. Bei den letzten Wahlen 2009 konnten ca. 250.000 Wahlberechtigte ihre Stimme nicht abgeben, da sie zum Wahlzeitpunkt noch nicht über die erforderlichen fälschungssicheren Ausweise verfügten.

1. Kommunistischer Diktator Albaniens von 1944 bis zu seinem Tod im Jahre 1985.

### 2.2 Neues Wahlrecht schafft schwierige Rahmenbedingungen

Eine Wahlrechtsreform, die bei den Wahlen 2009 das erste Mal Anwendung fand, verkompliziert den Ablauf der Wahlen zusätzlich. Das bis dahin geltende personalisierte Verhältniswahlrecht auf Basis einer gesamtstaatlichen Auszählung, das dem deutschen in seinen Grundzügen stark ähnelte, wurde durch ein regionalisiertes Verhältniswahlrecht ersetzt. Dabei handelt es sich um ein rein proportionales System auf der Ebene der Wahlbezirke (Qarks). Die 140 Parlamentsabgeordneten kommen aus insgesamt zwölf Qarks, in denen jeweils nur für bestimmte Kandidaten abgestimmt werden kann. Die jeweiligen Mandatszahlen der Qarks ergeben sich aus der Zahl der dort lebenden Einwohner, die teilweise stark variiert. Auszählung und Verteilung der Mandate geschehen nach dem D'Hondt-Verfahren. Insgesamt hat das neue Wahlrecht den Einfluss der kleinen Parteien stark reduziert und die Dominanz von DP und SP manifestiert.

Das neue Wahlrecht fördert vor allem sogenannte »Wahlkoalitionen«, die bereits vor den Wahlen geschlossen werden. Da in den Qarks für Parteien eine Drei-Prozent-Hürde, für Koalitionen hingegen eine Fünf-Prozent-Hürde gilt, ist es für weniger einflussreiche Gruppierungen sinnvoll, eine Koalition einzugehen, um in mehr Qarks die Hürde nehmen zu können und dadurch die Chance auf zumindest einige Mandate zu wahren. Vor allem in bevölkerungsschwachen Qarks ist selbst ein Stimmanteil jenseits der Fünf-Prozent-Hürde oft nicht ausreichend, um einen Sitz auf gesamtstaatlicher Ebene zu gewinnen. Wenn nur wenige Mandate zu vergeben sind und die großen Blöcke etwa 80 Prozent der Stimmen auf sich vereinen, sind auf Ebene der Qarks teilweise Ergebnisse von über 10 Prozent nötig, um mit einem Kandidaten ins Parlament einzuziehen. Kleine Parteien nutzen daher die Chance, einzelne Mitglieder auf den Listen von DP oder SP kandidieren zu lassen, um wenigstens ein Minimum an Einfluss und Macht zu erlangen. Allerdings manifestiert dies letztlich nur die Vormachtstellung der Etablierten, die ihr Ergebnis dank populärer Politiker aus anderen Lagern auf den eigenen Listen noch verbessern können. Bei den Wahlen 2009 erreichten DP und SP zusammen rund 95 Prozent der Parlamentssitze, obwohl sie nur etwa 85 Prozent der Stimmen erhielten.



### 2.3 Zwei Wahlkoalitionen binden 62 Parteien – Seitenwechsel der LSI stärkt SP

Am 23. Juni diesen Jahres werden sich die DP-geführte *Allianz für Arbeit, Wohlfahrt und Integration* und die SP-geführte *Allianz für ein europäisches Albanien* gegenüberstehen. Insgesamt 62 Parteien sind in einer der beiden Allianzen vertreten – vier weitere, darunter AK und FRD, treten einzeln an. Das bedeutet jedoch nicht, dass diese nach den Parlamentswahlen nicht doch noch entscheiden, sich einem der Lager anzuschließen. Damit können die Albaner formal zwischen mehr Alternativen wählen als je zuvor, besitzen unter dem Strich aber eigentlich nur die Option, Ministerpräsident Sali Berisha (DP) oder seinen Herausforderer Edi Rama (SP) mit ihrer Stimme zu unterstützen. Es ist ein Lagerwahlkampf, der eindeutig auf die beiden Parteiführer zugeschnitten ist.

Der Wahlkampf selbst begann mit einem Paukenschlag. Die bis dahin mit der konservativen DP regierende LSI wurde am 2. April 2013 von der oppositionellen SP zu Gesprächen über eine Wahlkoalition eingeladen. Danach schloss sich die LSI der Opposition an und verließ während der laufenden Amtsperiode ihr fragiles Regierungsbündnis mit der DP. Daraufhin gelang es Ministerpräsident Berisha Anfang April nur knapp im Amt zu bleiben, da ein Koalitionsaustritt gemäß der Verfassung von 2008 nicht automatisch die Auflösung der Regierung nach sich ziehen muss. Sofern genügend Abgeordnete dem Ministerpräsidenten ihr Vertrauen aussprechen, kann er im Amt bleiben. Dies ist geschehen, wohl auch mit Stimmen abtrünniger SP-Abgeordneter.

Das oppositionelle Lager wurde durch diese Entscheidung klar gestärkt und darf sich schon deshalb große Hoffnungen machen, aus den Wahlen als Sieger hervorzugehen. Die LSI spielte schon bei den vergangenen Wahlen die Rolle des »Königsmachers« – damals jedoch zugunsten der DP. Der Schulterchluss mit der LSI hat allerdings für Unmut in der SP gesorgt. So verließen z. B. zwei SP-Abgeordnete aus Protest die Partei. Der LSI wurde in den vergangenen Jahren regelmäßig Korruption vorgeworfen. In diesem Zusammenhang kam es am 21. Januar 2011 zu Protesten gegen den LSI-Vorsitzenden Ilir Meta, der wegen Korruption gar vor Gericht gestanden hatte und auf dubiose Weise freigesprochen worden war. Auf dieser Demonstration wurden vier SP-Anhänger erschossen. Edi Rama selbst verteidigte das

Kooperationsangebot und plädierte dafür, sich nicht länger durch die »Schatten der Vergangenheit« von einer Koalition mit der LSI abhalten zu lassen. Es bleibt abzuwarten, wie viele (Stamm-)Wählerstimmen dies kosten wird. In Umfragen konnte man allerdings keine großen Verluste für die SP beobachten.

Längere Verhandlungen über eine Wahlkoalition zwischen den Sozialisten und der AK waren erst in letzter Sekunde gescheitert. Als Grund dafür nannte der AK-Vorsitzende Kreshnik Spahiu die Zusammenarbeit der SP-geführten Allianz für ein europäisches Albanien mit der Partei der griechischen Minderheit, der PBDNJ. Eine Kooperation mit der PBDNJ kommt laut Spahiu für die AK nicht infrage, da dies einem »Verrat an der nationalen Sache« gleichkäme. Allerdings bestehen starke Zweifel, dass darin der eigentliche Grund für den erfolglosen Abschluss der Gespräche mit der SP zu sehen war. Aufgrund der bekannten »Sprunghaftigkeit« der LSI wäre es für die SP wichtig, eine Regierungskoalition auf eine breite und stabile Basis zu stellen. Um nicht von der LSI abhängig zu sein, wäre die AK daher ein möglicher Partner, der einen Gegenpol zur LSI bilden würde. Daher werden sowohl Edi Rama als auch Sali Berisha bis zuletzt versuchen, die AK auf ihre Seite zu ziehen, da sie eine Schlüsselrolle in der Regierungsbildung spielen kann.

Die FRD geht ebenfalls ohne Koalitionsaussage in die Parlamentswahlen. Sollten sich AK und FRD nach den Wahlen der DP-Koalition anschließen, um die Wiederwahl Sali Berishas zu garantieren, könnten sich diejenigen Stimmen bestätigt sehen, die bereits seit den Neugründungen der Parteien behaupten, dass es sich lediglich um Phantomparteien handele, die enttäuschte DP-Anhänger akquirieren sollen, um eine Mehrheit der Sozialisten zu verhindern.

## 3. Harte Bandagen im aktuellen Wahlkampf

### 3.1 Täglich ein neuer »Skandal«

Seit Beginn des Jahres hat der Wahlkampf in aller Härte begonnen. Seither wurde die Bevölkerung nahezu täglich mit gegenseitigen Korruptionsvorwürfen der Parteien und ihrer Vertreter überschüttet. Die Regierung bediente sich zur Diskreditierung von Oppositionspolitikern und deren Angehörigen gar des Geheimdienstes.



Im Mai beschäftigte ein Zwischenfall das Parlament, der sich zwischen Edi Rama und dem Diplomaten Egin Ceka am 24. April in Wien ereignet haben soll. Dieser hochstilisierte Vorgang verdeutlicht den schmutzigen Wahlkampf und die Spaltung des Landes in zwei sich gegenseitig kompromittierende Lager. Das albanische Außenministerium erklärte offiziell, Rama habe Ceka infolge einer hitzigen Debatte attackiert und ihn dabei am Ohr gezogen. Am 29. April beschloss eine knappe DP-Mehrheit von 71 Abgeordneten sogar die Einrichtung einer parlamentarischen Untersuchungskommission. Bei seiner Anhörung am 8. Mai entschärfte Egin Ceka selbst jedoch die Vorwürfe.

In den letzten Wochen häufen sich derlei Anschuldigungen, sodass es mittlerweile von größerer Bedeutung zu sein scheint, die Glaubwürdigkeit des politischen Gegners zu erschüttern, statt sich um die Belange des albanischen Volkes zu kümmern oder eigene programmatische Aussagen in den Vordergrund zu stellen. Die – oft parteinahen – Medien produzieren täglich neue Berichte über Korruption oder unangemessenes Verhalten von gegnerischen Politikern. Tags darauf gibt es den nächsten »Skandal«. Einen weiteren Tag später ist auch dieser schon wieder vergessen. Die mit großem Tamtam vorgestellten Wahlprogramme und Versprechen für die nächste Amtsperiode treten demgegenüber mehr und mehr in den Hintergrund.

### 3.2 Unwürdiges Schauspiel um die Besetzung der Wahlkommission

Eine entscheidende Rolle für die Anerkennung eines rechtmäßigen Ablaufs des Urnengangs spielt die *Zentrale Wahlkommission Albaniens* (CEC). Dabei handelt es sich um ein siebenköpfiges Gremium, das die Wahlen überwachen soll. Obwohl die CEC als unabhängige Institution gilt und ihre Mitglieder dem Gesetz nach nur ihrem Gewissen verpflichtet sind, wird ihre Zusammensetzung rein politisch festgelegt. Bei vergangenen Wahlen spielte die CEC mitunter eine umstrittene Rolle.

Durch den Austritt der LSI aus der Regierung trat innerhalb der CEC eine Situation ein, die von der albanischen Verfassung nicht vorgesehen ist. Laut Gesetz sollen vier der sieben Mitglieder der CEC aus den Reihen der gewählten Regierung und drei Mitglieder aus der Opposition kommen. Im Falle eines Koalitionswechsels ist eine

Abberufung der gewählten Mitglieder der CEC eigentlich nicht vorgesehen. Ohne sich auf die Verfassung stützen zu können, setzte die DP nach dem Austritt der LSI aus der Regierungskoalition jedoch eine Neubesetzung der CEC durch und zog somit den Unmut der Opposition und großer Teile der internationalen Gemeinschaft auf sich: Das CEC-Mitglied der LSI wurde vom Parlament am 15. April seines Amtes enthoben und durch ein Regierungsmitglied ersetzt. Die DP argumentierte zunächst, dass die von der Verfassung vorgesehenen Kräfteverhältnisse in der CEC durch den Seitenwechsel der LSI nicht mehr gewährleistet gewesen seien, realisierte während der Debatte dann aber wohl die Verfassungswidrigkeit ihres Vorstoßes. Infolgedessen rechtfertigte sie ihren Antrag mit der Begründung, dass der LSI-Vertreter im Jahr 2003 seinen Beruf als Staatsanwalt wegen Verfehlungen habe aufgeben müssen, was laut Wahlgesetz nicht mit einem Amt in der CEC vereinbar sei. Allerdings liegen diese Geschehnisse nicht nur schon lange zurück, der Betreffende wurde auch rehabilitiert und die Vorwürfe gegen ihn wurden fallen gelassen. Dies bestätigt den Verdacht, dass seine Abberufung rein politisch motiviert war und eine Manipulation des Wahlergebnisses zugunsten der DP in Kauf genommen werden könnte.

Aus Protest gegen diesen Schachzug der Regierung verließen die drei Oppositionsmitglieder (zwei von der SP, einer von der griechischen Minderheitenpartei PBDNJ) die CEC. Bisher wurden keine neuen Mitglieder an ihrer Stelle nominiert. Mit nur vier verbliebenen regierungstreuen Mitgliedern ging die CEC ungeachtet aller Kritik schon am 19. April wieder zur Tagesordnung über. Eine Einigung mit der Opposition ist jedoch unabdingbar. Wenn die Kommission nicht aus mindestens fünf Personen besteht, kann sie beispielsweise nicht wirksam über Wahlanfechtungen entscheiden und die Wahlen auch nicht für ungültig erklären. Ministerpräsident Berisha und seine Partei lehnen einen Kompromissvorschlag der SP, der einen unabhängigen Experten an der Spitze einer paritätisch besetzten CEC vorsieht, bislang vehement ab.

Besonders problematisch ist die Tatsache, dass gerade die CEC freie und faire Wahlen garantieren soll. Ein wenig Hoffnung bleibt dennoch, dass die Wahlen am 23. Juni zumindest fairer sein werden als vergangene Parlamentswahlen, da 400 internationale Wahlbeobachter berufen wurden, die dafür Sorge tragen sollen. Doch selbst die OSZE scheint in den Augen der SP nicht ganz frei vom Verdacht,



der jetzigen Regierungskoalitionen zu nahe zu stehen. Ihren Abschlussbericht wird Roberto Battelli verfassen, ein Intimus von Wolfgang Großbrück, dem Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Dem ÖVP-Mann Großbrück wird von den Sozialisten nachgesagt, mit Sali Berisha zu sympathisieren. Keine besonders guten Voraussetzungen, um ggf. notwendige Anmerkungen oder Monita der OSZE allseits anerkannt zu wissen. Obwohl beide politischen Blöcke weiterhin ihre Bereitschaft beteuern, das Ergebnis am 23. Juni auch im Falle einer Niederlage anzuerkennen, herrscht auch deshalb Besorgnis hinsichtlich der Situation im Land nach den Parlamentswahlen.

### 3.3 »Bereinigte« Wahllisten – Ausschluss parteiinterner Kritiker

Die Zusammenstellung der Kandidatenlisten wird in Albanien durch die Parteivorsitzenden vorgenommen. Ihr liegt kaum ein demokratischer innerparteilicher Prozess zugrunde – schon gar nicht bestimmen die Menschen im Lande ihre Parlamentskandidaten. Dies hat den Effekt, dass unliebsame »Parteifreunde«, auch wenn sie in der Bevölkerung populär sind, mitunter nicht den Weg auf die Listen bzw. die oberen Listenplätze und somit auch nicht ins Parlament finden. Die Parteivorsitzenden, die traditionell zugleich die Spitzenkandidaten sind, können zwar kaum umhin, auch populäre Kandidaten zu nominieren, da diese schließlich wichtige Mandate für die Parteien sichern, in der Praxis kalkulieren die Funktionäre aber beide Aspekte – Gefolgschaft und Popularität – mit ein und versuchen die richtige Mischung aus beliebten und gefügigen Politikern zu nominieren.

Sowohl SP als auch DP haben ihre Listen erst in letzter Sekunde veröffentlicht. Sie beinhalten einige überraschende Namen. 48 der 140 bisherigen Abgeordneten stehen nicht auf den Wahllisten für den 23. Juni und werden dem nächsten Parlament somit auch nicht mehr angehören. Daneben treten drei unabhängige Kandidaten an, unter ihnen Arben Malaj in Vlora, der viele Jahre ein führender Vertreter der SP war. Die Kampagne des bekannten früheren Wirtschaftsministers wird von dem umstrittenen Ex-SP-Ministerpräsidenten Fatos Nano unterstützt, der sich nach einiger Zeit auf der politischen Bühne zurückmeldete. Malaj war vom SP-Vorsitzenden Rama nicht mehr auf die Liste seiner Partei gesetzt worden mit der Begründung, dass seine Positionen nicht im Einklang mit der Linie der Partei stünden.

Auf den Listen der Demokraten sucht man auch vergebens nach Vertrauten der jetzigen Parlamentspräsidentin Jozefina Topalli. Es wird spekuliert, dass sie ihrem Vorsitzenden Sali Berisha innerparteilich zu einflussreich geworden ist. Dafür hat die DP sechs Vorsitzende verbündeter Parteien auf ihren Listen, darunter den Republikaner Fatmir Mediu. Für die Sozialisten kandidieren hingegen mit Ausnahme eines LSI-Funktionärs und eines Vertreters der griechischen Minderheitenpartei PBDNJ nur eigene Mitglieder.

## 4. Ausblick

### 4.1 Die wirtschaftliche und gesellschaftliche Lage vor den Wahlen

Die albanische Bevölkerung hat eigentlich ganz andere Prioritäten, als die Parteipolitiker, die momentan vor allem damit beschäftigt sind, sich gegenseitig zu diskreditieren. Bei der Betrachtung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lage des Landes stellen sich eine Reihe von »Schicksalsfragen«, die nach der Wahl, egal von wem sie gewonnen wird, unbedingt geklärt werden müssen. In einer gerade veröffentlichten Umfrage des *Albanischen Instituts für Internationale Studien* (AIIS) für die FES<sup>2</sup> benennen große Mehrheiten der Menschen in Albanien vor allem die Themen Wirtschaftsentwicklung, soziale Sicherheit, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit (hier besonders von Jugendarbeitslosigkeit) und Bekämpfung von Korruption als zentrale Prioritäten für die neue Regierung.

Die wirtschaftliche Entwicklung wird von der jetzigen Regierung weiterhin als positiv bezeichnet. Eine Umfrage der DIHA (deutsche Repräsentanz der Wirtschaft in Albanien)<sup>3</sup> bei auswärtigen Investoren zeigt aber deutlich, dass das gegenwärtig schon recht geringe Interesse an Albanien sogar noch weiter gesunken ist. Gründe dafür sind – nach Aussage der Studie – u. a. Korruption, schlechte Administration sowie schlecht oder falsch ausgebildete Arbeitskräfte. Die sozialen Sicherungssysteme sind vollkommen marode, sodass sie keinerlei Sicherheit im Krankheitsfall oder im Alter bieten. Die reale Arbeitslosigkeit übersteigt

2. Siehe hierzu: FES-AIIS-Studie »The State of Albanian Democracy at the eve of 2013 General Elections«; [www.fes-tirana.org](http://www.fes-tirana.org).

3. Vgl. <http://www.dih-al.com/news/diha-news/einzel-ansicht/artikel/die-unternehmen-verlangen-rechtssicherheit-transparenz-und-mehr-effizienz-in-der-oeffentlichen-verwaltungregierung-muss-anreize-fuer-investitionen-s/?cHash=05dbe1a3dadcf17dc2d91e79e5211519>

die offiziellen Zahlen von ca. 13 Prozent beträchtlich, und die Jugendarbeitslosigkeit kann auf über 60 Prozent geschätzt werden.<sup>4</sup> Als weitere Kernprobleme stehen die Fragen nach der Implementierung von Rechtssicherheit, der Bekämpfung von Korruption und dem Vorantreiben der Demokratisierung in Albanien auf der Tagesordnung.

Die kommende Regierung wird wohl daran gemessen werden, ob sie an den bisherigen Zuständen grundsätzlich etwas ändern will und kann. Schließlich rutschte Albanien im jüngsten Ranking von *Transparency International* hinsichtlich der Korruption im Lande noch einmal um weitere 18 Plätze nach unten auf Rang 113.<sup>5</sup> Rechtsunsicherheit und Korruption sind eng miteinander verwoben. Solange Beziehungen und/oder Geldzahlungen darüber bestimmen, wer, wie und wann Recht bekommt, und solange auch höchste politische Repräsentanten ungestraft das Recht beugen, darf nicht davon ausgegangen werden, dass sich im Verhalten der Bevölkerung grundsätzlich etwas ändern kann oder wird.

Wesentlich wird auch sein, dass sich die politische Landschaft entscheidend ändert. Die politischen Parteien haben kaum eine echte demokratische Basis oder gar eine innerparteiliche Demokratie. So existiert weder ein transparentes Budget mit einer transparenten Ausgabenpolitik noch eine erkennbare Mitbestimmung der Parteibasis. Folgerichtig verhindern derartige Strukturen auch eine demokratische und transparente Regierungspolitik. Die beherrschende politische Mentalität des »*the winner takes it all*«-Prinzips bewirkt zudem einen Mangel an Dialog- und Kompromissfähigkeit, sowohl intern als auch mit der Zivilgesellschaft. Fortschritte und notwendige Lösungen bleiben in einem solchen Klima aus und bewirken sowohl im politischen als auch im wirtschaftlichen Bereich nichts anderes als Stagnation.

#### 4.2 Albaniens Potenziale müssen genutzt werden

Albanien besitzt eine ganze Reihe von Potenzialen. Die neue Regierung sollte sie unbedingt nutzen, um das Land weiter voranzubringen. Zum einen verfügt Alba-

nien mit einem Durchschnittsalter von ca. 30 Jahren über eine ausgesprochen junge Bevölkerung, die trotz aller Enttäuschungen noch immer willig ist, in ihre Ausbildung zu investieren.<sup>6</sup> Dieses Potenzial wird bisher in keiner Weise ausgeschöpft. Wirtschaftliche Wachstumschancen bestehen im Bereich des Tourismus, der Lebensmittel- und Heilmittelproduktion, in der Leichtindustrie, der Ausbeutung von Bodenschätzen und besonders in der Energieerzeugung. Albanien ist das zweitwasserreichste Land Europas und könnte als zudem sehr sonniges Land auch erneuerbare Energien erzeugen bzw. zumindest ertragreich in die Region exportieren (zurzeit wird Energie hingegen importiert). Die politischen Eliten des Landes vermochten bislang nicht, Programme für eine nachhaltige Nutzung der eigenen Ressourcen zu erarbeiten, geschweige denn diese umzusetzen. Daher bleibt fraglich, ob die neue Regierung nach den Wahlen etwas an dieser Situation ändern wird.

In Umfragen liegt die Koalition der SP vor der DP-Koalition. Die Werte der AK und der FRD bewegen sich um die Fünf-Prozent-Hürde. Umfragen in Albanien sind aber generell mit Vorsicht zu genießen und oft stark von ihren jeweiligen Auftraggebern beeinflusst. Nichtsdestotrotz kann das Meinungsbild als Indiz dafür herangezogen werden, dass die Sozialisten derzeit wahrscheinlich in Führung liegen, ihr Sieg am Wahlabend aber keinesfalls als sicher gelten kann. Unabhängig davon, wer aus den Wahlen als Sieger hervorgeht: Eine künftige Regierung wird selbst mit bestem Beispiel vorangehen und auf eine neue politische Kultur im Land hinwirken müssen. Sollte Berisha die Wahlen gewinnen, ist davon eher nicht auszugehen. Die internationale Gemeinschaft hat ihm bereits – mehr oder weniger – die »rote Karte« gezeigt, nachdem er sich im Herbst 2012 populistische und nationalistische Ausfälle rund um den 100. Jahrestag der Unabhängigkeit leistete. Aber auch ein Wahlsieg Edi Ramas würde nicht automatisch bedeuten, dass sich die Situation von Grund auf wandelt. Zunächst muss auch er die Verhältnisse innerhalb seiner eigenen Partei verändern, Spannungen abbauen und mehr Pluralismus zulassen. Überdies müssten sich Vertreter beider Blöcke künftig gemeinsam an einen Tisch setzen und miteinander arbeiten. Ob dies Rama in absehbarer Zeit gelingen kann, bleibt fraglich. Immerhin geben seine Zielsetzungen Anlass zur Hoffnung.

4. Siehe hierzu: FES-Youth-Study, Tirana 2013; [www.fes-tirana.org](http://www.fes-tirana.org).

5. Transparency International, Korruptionswahrnehmungsindex 2012. Albanien lag dort 2010 auf Rang 87 und 2011 auf 95; geografische Nachbarstaaten liegen 2012 wie folgt: KOS 105, GR 94, SRB 80, BiH 73, FYROM 69; »Nachbarn« auf der Liste sind hingegen Osttimor, Äthiopien, Guatemala und Niger.

6. Vgl. FES-Youth-Study; [www.fes-tirana.org](http://www.fes-tirana.org); sowie: *Worldstat Info* zu Albanien 2012.



### Über den Autor

**Christopher Forst** hat ein Bachelorstudium der Regionalstudien Ost- und Mitteleuropa an der Universität zu Köln abgeschlossen. Er ist aktives Mitglied des Stipendiatischen Arbeitskreises Osteuropa der FES.

**Frank Hantke** ist Büroleiter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Albanien.

### Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa  
Hiroshimastr. 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Reinhard Krumm, Leiter, Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: ++49-30-269-35-7726 | Fax: ++49-30-269-35-9250  
<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:  
[info.moe@fes.de](mailto:info.moe@fes.de)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.



ISBN 978-3-86498-560-7